

Interessengemeinschaft Deponien Schwieberdingen-Horrheim

Keine radioaktiven Reststoffe auf unsere Deponien!

Unser Ziel ist die Verhinderung der Einlagerung radioaktiv belasteter Abfälle auf dafür nicht geeignete Deponien vor unserer Haustür.

Wir kritisieren die Freigabe von radioaktiven Stoffen aus der atomrechtlichen Überwachung nach dem Motto: „freimessen und vergessen“.

Wir fordern: Auch Abfälle mit geringer Radioaktivität müssen atomrechtlich überwacht und sicher eingeschlossen werden.

Wir fordern: Eine zentral gesicherte Verwahrung auf/nahe dem bisherigen AKW-Gelände; hier gibt es langjährige Erfahrungen im Umgang mit diesen speziellen Abfällen.

Unterstützen Sie uns dabei!

Unterschriften-Sammelstellen und den Zugang zur Online-Petition finden Sie auf unserer Homepage: „www-froschgraben-freigemessen.de“



Es betrifft **Sie!**

Ihre Gesundheit, Ihre Familie, Ihre Mitmenschen, Ihre Heimat

Kommen Sie bitte zur...

Bürger-Information am 1. Dez. 2016 um 19 Uhr in der örtlichen Turn- und Festhalle mit Podiumsdiskussion

Veranstalter: Bürgermeister Lauxmann – auf dem Podium: Landrat Dr. Haas, Vertreter des Umweltministeriums, der AVL, unserer IG und die beiden Gutachter

Rückblick – was ist bisher passiert:

- aus Erddeponie wurde eine Bauschutt-Deponie mit brisanten Abfällen
- mehrfache „Störfälle“ zerstören das Vertrauen in Betreiber u. Kontrollbehörden (verdeckte Einlagerungen, Fehlinformationen, Asbest-Regelverstöße ohne Bußgeldfolgen...)
- wir machen die Deponie-Vorgänge öffentlich, initiieren Petition und sammeln Unterschriften
- wir informieren mit Bürger-Dialogen in Schwieberdingen, Horrheim und Markgröningen sowie über die Presse und unsere Netzwerke
- wir diskutieren intensiv mit politischen Entscheidern, Behörden und Parteien
- skandalöse Einlagerungen von Asbest aus Italien und radioaktive Industrieschlacke aus Südbaden werden gestoppt
- Gemeinderat Schwieberdingen und Verwaltung lehnen AKW-Einlagerungen einstimmig ab
- Umweltminister erlässt aufgrund unserer Fragen und der aufgezeigten Widersprüche einen befristeten „Lieferstopp“ für das AKW-Material
- Gemeinderat Markgröningen und Verwaltung unterstützen Schwieberdinger Positionierung
- Freie Wähler, FDP u. Linke stellen im Kreistag den Antrag auf Verzicht des Einbaus der strittigen AKW-Abfälle auf den Kreisdeponien

➤ Weitere Details finden Sie auf der Rückseite

Wir bekommen keinen „harmlosen Büro-Müll“, sondern auch radioaktiv dekontaminiertes Reaktormaterial!



➤ Drei Fragen:

Wollen wir als Gesellschaft zusehen, wie brisante Rückbau-Abfälle in großen Mengen in die Umwelt freigesetzt und über unser Land verteilt werden, obwohl wir wissen...

- dass radioaktive Strahlung auch in geringen Dosen gefährlich ist, je nach Strahlensensibilität Folgeschäden auslösen kann und jede zusätzliche Dosis das Risiko erhöht?
- dass Umweltverbände (z.B. BUND), Ärztevereinigungen (z.B. IPPNW), Physiker und Biologen vor den Risiken und möglichen Auswirkungen warnen und eine Reduzierung der Grenzwerte um den Faktor 10 fordern?
- dass auf den Deponien brisantes Material mit behördlicher Duldung verdeckt z.T. auch regelwidrig eingelagert wurde (Asbest aus Italien, Reaktormaterial aus Karlsruhe, radioaktive Industrieschlacke aus Südbaden)?
- dass die untere Abdichtungsfolie nur noch 70 Jahre halten soll und dann gefährliche Nuklide in den Nahrungskreislauf gelangen können (Wasser→Boden→Nahrung→Mensch) - bei Störfällen auch schon vorher?
- dass wir diesen bei uns liegenden, strahlenden Müll nie wieder einsammeln können; auch wenn neue Erkenntnisse über Risiken dafür sprechen würden oder es neue technische Entsorgungsmöglichkeiten gibt?

Können wir uns bei der Ermittlung der Strahlenbelastung auf die Mess-Ergebnisse und deren Interpretation verlassen, obwohl wir wissen...

- dass bei den Messungen wichtige Teilbereiche fehlen (Dauer- und Mehrfachbelastungen, Einfluss auf Kinder und Schwangere, lokale Deponiebesonderheiten...) und die Risikobewertung damit eigentlich „wertlos“ wird?
- dass die Messungen von den AKW-Betreibern selbst durchgeführt werden und diese dabei große Spielräume haben (freiwillige Stichproben, große Messproben, Ausnahmeregelungen...)?
- dass die Betreiber möglichst radioaktive Reststoffe über „normale Abfallwege“ loswerden wollen?
- dass auch in jüngster Vergangenheit trotz der Kontrollsysteme wichtige Sicherheitsprüfungen im AKW auch bei der EnBW vorgetäuscht werden konnten?
- dass das brisante AKW-Material über die strittige Freimessung „freigesprochen“ und formal in „harmlosen Bauschutt“ umbenannt und dadurch erst kontrollfrei deponierbar wird? (siehe Faltblatt unter <https://www.ausgestrahlt.de/shop/>)

Akzeptieren wir, dass die Entscheider juristische Quellen interessenorientiert auslegen und damit bessere alternative Lösungen blockieren, obwohl wir wissen...

- dass die immer wieder zitierte angebliche „Abnahmeverpflichtung“ kein wirkliches Hindernis für eine zentrale Verwahrung z.B. auf/nahe dem AKW-Areal ist?
- dass nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz mit der Einlagerung das Allgemein-Wohl und die Gesundheit von Menschen, Gewässern und Böden zu sichern ist und z.B. die EnBW (im Besitz der öffentlichen Hand) am Erzeugungsort hiermit beauftragt werden kann?
- dass viele Kreise / Landräte in ganz Deutschland, genau wie wir, die Einlagerung auf normalen Deponien ablehnen und nach zentralen Lagerlösungen suchen (Frankreich macht dies bereits)?
- dass es im gesamten Prozess noch eine Menge ungelöster Fragen und Widersprüche gibt (Freimessung, Grenzwerte, neue Strahlenschutzverordnung, Kontaktlimits für Mitarbeiter, Deponie-Lage, Deponie-Nachnutzung, Haftung, Störfallkonzept...)?



Die Verteilung des AKW-Rückbaumaterials widerspricht bei ganzheitlicher Betrachtung jeglicher Logik – sie schafft zusätzliche Risiken und verbaut den Einsatz neuer technologischer Möglichkeiten beim Umgang mit radioaktiven Stoffen. Wir brauchen eine zentral gesicherte Verwahrung mit Zugriffs-Option!
→ roter Würfelplatz würde ausreichen!